

Essen steht AUF - Wahlkundgebung 10. August 2009, Porschekanzel Essen City

Wahlkampfrede von Dietrich Keil, Spitzenkandidat zur Kommunalwahl am 30. August

Wer etwas verändern will, muss AUFstehen!

Liebe Essenerinnen und Essener, liebe Freunde und Mitstreiter!

Manchmal hat man den Eindruck, die Kommunalwahl in Essen findet auf einer Insel der Seligen statt. Die einen Parteien wollen sparen, die andern wollen ausgeben, die einen wollen Essen zur Ruhrhauptstadt, die andern zum Einkaufsmagneten machen, egal ob die Menschen überhaupt noch Geld haben oder nicht. Von der Weltwirtschaftskrise, der tiefsten des Kapitalismus, die in vielen Bereichen überhaupt erst in den nächsten Jahren zum Kahl-schlag führen wird, nimmt die etablierte Stadtpolitik am liebsten keine Notiz. Oder redet sie schön. Oder drum rum.

Was muss denn noch passieren in Essen, damit diese Parteien, die als Regierungen in Bund und Land mit dafür verantwortlich sind, die Folgen der Krise zur Kenntnis nehmen? Müssen in Essen erst zwanzig, dreißig Betriebe platt gehen, so wie jetzt Hertie, Arcandor und andere? Müssen die Schlangen vor den Jobcentern erst bis zum Rathaus reichen, damit die Herrschaften darin die Krise zur Kenntnis nehmen?

Dabei haben sie im stillen Kämmerlein längst nachgerechnet, was der Städtetag vorher-sagt: In Städten wie Essen werden die Einnahmen im hohen dreistelligen Millionenbereich weg brechen! Deshalb spüren die meisten Menschen: Nach den Wahlen kommt das Zah-len. Kein Wunder, wenn man zuvor hunderte Milliarden an die Banken verschenkt, die mitt-lerweile unter diesen Schutzschirmen wieder weiterzocken können. Arbeitgeberpräsident Hundt fordert offen: Nach den Wahlen sollen die noch nicht entlassenen Belegschaften ver-zichten. Auf Lohn, auf Urlaub usw., damit „ihr“ Betrieb gestärkt aus der Krise hervorgeht. Das ist ganz schön dreist. Darin sind sich die Banken, Großkonzerne und ihre Krisenmana-ger in den Regierungen einig: Die Lasten der Krise sollen auf die Bevölkerung abgewälzt werden, statt dass die Verursacher dafür gerade stehen.

Das hätten sie wohl gerne! Wir sagen klipp und klar: Nicht mit uns! Wer dagegen angehen will, *wer etwas verändern will, muss AUFstehen!*

Das Tarnen, Täuschen und Verschweigen der Krise und ihrer Folgen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Politik der Stadtspitze und der etablierten Parteien vollständig versagt hat. Zu diesen Täuschungsmanövern zählt auch, dass man sich derzeit betont so-zial, manchmal sogar links gibt. „Soziale Stadt“, „soziale Gerechtigkeit herstellen“, „gleiche Chancen für alle“, diese Schlagworte führen derzeit fast alle Parteien im Mund. Wir sagen: Das ist Wahlbetrug. Essen ist keine soziale Stadt. Daran wollen und werden die etablierten Parteien auch nichts ändern. Die Stadt ist geteilt in Nord und Süd, in ein Gefälle der Armut und Arbeitslosigkeit. Entscheidend dafür ist Essens Teilung in Unten und Oben.

Oben, das sind die Banken, sind die Großkonzerne, die in Essen ihren Sitz haben, wie RWE, Evonik und andere. Sie zahlen kaum Steuern. Die Banken verdienen sich dumm und dusselig an den Zinszahlungen der Stadt für ihre 3 Milliarden Schulden. „Oben“ ist Geld da, fließt locker in Mehrkosten von über 20 Mio für das Folkwangmuseum, oder fast doppelt soviel in ein neues Stadion. Selbst für einen unnützen Berater Strunz gibt es Bares...

„Unten“ fehlt das Geld überall, knausert und spart die Stadt. Unten, das ist der Großteil der Essener Bevölkerung: Arbeiter, Angestellte, Handwerksbetriebe und kleine Gewerbetrei-bende, Arbeitslose, Rentner, Kinder und Jugendliche. Über 70.000 Hartz-IV-Betroffene in Essen, das ist eine Schande. Die etablierten Parteien im Rat sehen dem weitgehend taten-los zu. Mehr noch: Die CDU/Grüne-Stadtspitze nutzt, mit Zustimmung von SPD, FDP und EBB im großem Umfang Ein-Euro-Jobs aus bei ihren großen Park-Projekten, statt reguläre Arbeitsplätze zu schaffen.

Essen steht AUF fordert deshalb von Beginn an nicht nur „Weg mit Hartz IV!“. Wir fordern auch ein Sofortprogramm zur Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Vollzeit-

Arbeitsplätzen vor allem im Sozial-, Pflege- und Umweltbereich. Und wir nehmen nicht hin, dass große Teile der Stadt und seiner Bevölkerung abgeschrieben werden, als „sozialer Brennpunkt“, als „nicht integrierbar“, als „arbeitsunwillig“, als „bildungsfern“ und was es sonst an Verleumdungen gibt! Eine solche Politik ist nicht nur ein Armutszeugnis, sie ist eine Bankrotterklärung! Damit wird die eigentliche Aufgabe einer Stadt, nämlich die Daseinsvorsorge für alle ihre Bürger, zum unbezahlbaren Luxus erklärt.

Schauen wir uns mal die etablierten Ratsparteien an, wie sie diese Politik jetzt zur Wahl versuchen an den Mann und an die Frau zu bringen.

Da ist die **CDU**, die ja bekanntlich in Essen mit den Grünen zusammen eine Koalition bildet, um ihre volksfeindliche Politik im Rat durchzusetzen. „Unser Essen in guten Händen“ wirbt OB-Kandidat Britz jetzt an allen Ecken. Fast ist man versucht, auf diese alberne Parole zu antworten, „und was ist mit unserem Trinken?“ Aber im Ernst: Sie wissen genau, in wessen Händen Essen ist: In denen der Banken und Konzerne. Die haben Essen fest im Griff, und Britz möchte gern ihr Dienstleister werden.

Mit OB Reiniger vorneweg hat die CDU das am eindrucksvollsten vor zwei Jahren beim Deal mit der Steag bewiesen. Unsere Argumente waren nicht zu widerlegen, dass mit der Vertragsverlängerung für Fernwärme dem Konzern in zehn Jahren 100 bis 150 Mio zugesichert werden. Sie kamen sichtlich in Erklärungsnot. Aber stimmten geschlossen dafür, ohne den Hauch einer wirtschaftlichen oder politischen Begründung. Das war peinlich. Und sonnenklar, in wessen Diensten.

Deswegen sind die Krokodilstränen, die die CDU regelmäßig bei der Aufstellung des drastisch verschuldeten Stadthaushalts über die sog. „Essener Schuldenfalle“ vergießt, auch verlogen. Ja, Bund und Land schieben den Städten oft den schwarzen Peter mit zuwenig finanziellen Mitteln zu. Aber Essens Finanzmisere ist auch hausgemacht. Unsummen werden in teure Renommierprojekte wie das neue Museum oder Zollverein gesteckt, oder in Pleiteobjekte wie die Weststadthalle. Dagegen sind die Finanzen bei den Ganztagsgrundschulen so gedeckelt, dass sie in drei Klassen eingeteilt werden, wo zwei Drittel der Schulen nachmittags nur eine Verwahrung bieten können, und die Erziehungskräfte meist nur noch Teilzeitjobs haben. Essen in guten Händen? In der „Boomtown“ Essen boomen mit der CDU vor allem Kinderarmut und Arbeitslosigkeit!

Die **Grünen** sind wie beim Desasterplan Sport oft sogar die Scharfmacher dieser Politik und hängen vollständig an den Rockschoßen der CDU. Die Grünen, damals in Berlin Hartz IV-Regierungspartei, sind heute in Essen ein so trauriges Kapitel, dass ich über sie kein weiteres Wort verlieren möchte.

Und die **SPD**? Setzt sie dem was entgegen? Beim Steag-Deal hatte sie zwar angeblich Bauchschmerzen, stimmte aber genauso wie die CDU. Da wollte sie im Dienst des damaligen RAG-Konzerns der CDU nicht nachstehen. Das ist auch kein Wunder. In Berlin ist sie seit elf Jahren Regierungspartei. Hartz IV ist ihr Meisterstück im Dienst der Konzerne, und die Abwendung breiter Schichten von dieser Partei ist mehr als berechtigt!

Jetzt tritt sie im Wahlkampf in Essen lauthals für den Erhalt vom Freibad Hesse, vom Südbad in Kray und etwas zögerlich auch der „Oase“ in Frohnhausen ein. Das sollen wir glauben? Diese Feiglinge. Beim Masterplan Sport haben sie sich der Stimme enthalten! Damit fielen sie dem Bürgerentscheid gegen diesen Kahlschlag, aber auch den Sport- und Schwimmvereinen, den Schulkindern und der Jugend in den Rücken. Nein, in der einstigen Hochburg der SPD kann man diese Partei wirklich nicht mehr wählen.

Fehlt noch die **FDP**. Sie hält es auf ihren Plakaten für einen „guten Rat“, sie zu wählen. In Wirklichkeit ist guter Rat für sie teuer. Sie ist überflüssig. Sie tritt im Interesse von Industrie und Mittelstand offen arbeiterfeindlich und unsozial auf und fordert am lautesten, Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge zu privatisieren. Weniger Leistungen, mehr Gebühren und Kosten für die Betroffenen zugunsten privater Profite, das ist ihr Credo.

Fast übertroffen wird sie dabei noch vom Essener Bürgerbündnis **EBB**, das sich zwar überparteilich nennt, aber nur zu gern Koalitionspartner der etablierten Parteien wäre. Denn das

EBB vereint vor allem Leute, die in ihnen gescheitert sind und auf eine neue Karriere schießen. Auch sie scheuen nicht den plumpen Wahlbetrug. Sie pflastern die Stadt voll mit der Parole „Essen gehört dem Bürger“. Essen gehört längst den Banken, das weiß das EBB genau, und auch, dass es die Stadt dem Bürger nicht zurückgeben kann. Das wollen sie auch gar nicht, sondern reden von der Sanierung der Stadt – natürlich auf Kosten der Beschäftigten und aller Essenerinnen und Essener.

Diese bürgerlichen Parteien können und werden der Stadt keine Perspektive geben! Wenn die ultrarechten Republikaner im Rat in aller Regel mit ihnen stimmen, zeigt das nur, dass neofaschistische und offen faschistische Parteien keinesfalls Protestparteien sind und wir sie gar nicht erst dulden dürfen, hier und anderswo! Deshalb haben wir ihre Nichtzulassung zur Kommunalwahl gefordert! Deshalb werden wir weiter alle antifaschistischen Aktivitäten in Essen fördern und mit tragen!

Wir Essenerinnen und Essener brauchen dringend eine positive Zukunftsperspektive. Dafür tritt *Essen steht AUF* ein, dafür habe ich mich auch in der Ratsarbeit eingesetzt. Wir sind ein überparteiliches, demokratisch organisiertes und finanziell unabhängiges Personewahlbündnis. Der Grundgedanke ist: Unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit und Weltanschauung bringen sich engagierte Menschen in die Kommunalpolitik ein – im Interesse der Bevölkerung vor Ort und nicht im Interesse der kleinen kapitalkräftigen Minderheit der Konzerne oder der etablierten Berliner Parteien. Bürgerinteressen und nicht Parteiinteressen im Mittelpunkt, darin liegt der Kern einer wirklichen kommunalen Selbstverwaltung. Wir Bürger müssen lernen, selbst Politik zu machen. Kommunalpolitik beginnt vor Ort, wo die Menschen gemeinsam für ihre Lebensinteressen kämpfen.

Essen steht AUF engagiert sich seit fünf Jahren konsequent für die Lösung kleiner und großer Probleme - in Betrieben und Gewerkschaften, in den Stadtteilen, in den Familien, in Schulen und Kindergärten. Das alles sind Gründe, *Essen steht AUF* zu wählen - oder noch besser: aktiv mitzumachen!

Für uns stehen die Menschen im Mittelpunkt, besonders die, die mit ihrer Arbeit alle Werte schaffen. Das drängendste Problem der Stadt ist die Massenarbeitslosigkeit, verschärft durch den gescheiterten Strukturwandel. Kern eines Sofortprogramms für Arbeitsplätze muss deshalb eine spürbare Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich sein – die Arbeit muss auf mehr Schultern verteilt werden zu Lasten der Unternehmergewinne! Wir meinen: Der Kampf der Arbeiter und Angestellten ist der wichtigste Faktor zum Erhalt und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Deshalb ist die Arbeitersolidarität für uns selbstverständlich.

Für uns gehören dieser Kampf und der Einsatz für eine intakte Umwelt zusammen, gegen alle Versuche, Umwelt und Arbeitsplätze gegeneinander auszuspielen. Wir fordern den Vorrang und energischen Ausbau erneuerbarer Energien und eine Kreislaufwirtschaft statt Verschwendung und Verbrennung wertvoller Reststoffe.

Wir brauchen Bildung für alle - statt Auslese und Leistungsdruck in den Schulen. Aber Essen ist zur Großstadt der Kinderarmut geworden – Schluss damit! Bildung muss kostenfrei sein einschließlich einem gesunden Mittagessen in den Schulen! Mehr Freizeit- und Jugendeinrichtungen statt Sparpolitik ausgerechnet hier. Unsere Forderung heißt: *Kein Kürzen bei den Kurzen – der Jugend eine Zukunft!*

Für diese und weitere Ziele und Forderungen, für den Widerstand und die Bewegungen der Bürger in Essen für ihre eigenen Interessen möchten wir wieder Sprachrohr sein im Rat. *Um uns selber müssen wir uns selber kümmern* – diesem Motto soll unsere Ratsarbeit dienen, dafür ist *Essen steht AUF* vor Ort aktiv. Dieses Motto prägt seit fünf Jahren auch die Montagsdemo und braucht wieder eine Stimme im Rat:

Deshalb: Auch wenn Wahlen die Welt nicht verändern – gehen Sie wählen! Wählen Sie Liste 9 – **wer etwas verändern will muss AUFstehen!**